

Georg Kastner

nap

new academic press

Gruß aus Hitler-Deutschland

*Der NS-Terror in Österreich
1933–1938 und seine Opfer*



Georg Kastner

GRUSS AUS HITLER-DEUTSCHLAND

Der NS-Terror in Österreich von 1933–1938 und seine Opfer

Georg Kastner

GRUSS AUS HITLER-DEUTSCHLAND

Der NS-Terror in Österreich von 1933–1938 und seine Opfer

 new academic press

Mit Unterstützung von:



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

 Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

Mitteleuropäische Geschichte und Kultur

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages oder der Autoren/Autorinnen reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2019 by new academic press, Wien
www.newacademicpress.at

ISBN: 978-3-7003-2141-5

Lektorat: Josef Schiffer
Umschlaggestaltung, Satz: Zsuzsa Urbán

Titelbild: Karikatur aus: Das kleine Blatt, 15.6.1933, anno.onb.ac.at

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Fragestellung und Forschungsstand.....	11
Was ist eigentlich nationalsozialistischer Terror?.....	21
Österreich zu Beginn der 1930er Jahre	33
Die Entwicklung des nationalsozialistischen Terrors im Jahre 1932.....	45
Rabauken und politische Straßenkämpfer	45
Der Simmeringer Zwischenfall	55
Schlachtfeld Universität	62
Weitere Eskalationen	66
Am Weg zum Parteiverbot	75
Der NS-Terror vom 1. Juni 1933 bis zum 19. Juni 1933.....	75
Die illegale NSDAP – Terrorakte im weiteren Verlauf des Jahres 1933	85
Maßnahmen der Regierung gegen die NSDAP.....	85
Die Umgestaltung der NSDAP zur Terrororganisation.....	96
Die nationalsozialistische Propaganda- und Terroroffensive zu Jahresbeginn 1934	109
Die nationalsozialistische Offensive gegen die Regierung	109
Der verhängnisvolle Februar 1934.....	117
Das Wiederaufflammen des NS-Terrors ab März 1934	127
Der Vorabend des Juli 1934	137

Juli 1934	153
„Aufwärmen“ für die „Schlacht“	153
Der nationalsozialistische Aufstand im Juli 1934	157
 Der nationalsozialistische Terror zwischen August 1934 und dem „Anschluss“	 175
 Nationalsozialistische Gewalttaten und Terrorakte zwischen dem 1. Juni 1933 und dem 10. März 1938	 205
 Opferbiographien	 335
 Zusammenfassung, Schlussfolgerungen	 429
 Anhang	 437
 Bildteil	 447
 Quellenverzeichnis	 451
 Namensregister	 463

| Vorwort

Es war zu Beginn des Jahres 2000, als mich mein damaliger Dissertationsbetreuer o. Univ.-Prof. Dr. Horst Haselsteiner anrief und mir mitteilte, dass bei einem Forschungsprojekt ein Mitarbeiter abgesprungen sei. Es ginge um ein sehr sensibles Thema und er schlug mir vor, mich um die frei gewordene Position zu bewerben. Die Entscheidung musste rasch getroffen werden, da man am 1. Februar 2000 beginnen wollte. Ich wurde tatsächlich kurz darauf als Mitarbeiter ausgewählt und fand mich in einem Team von arrivierten und jungen Kolleginnen und Kollegen wieder. Die Idee zu diesem Forschungsprojekt stammte vom damaligen Vizepräsidenten des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands (DÖW) Botschafter a. D. Dr. Ludwig „Luki“ Steiner. Der damalige wissenschaftliche Leiter des DÖW Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer unterstützte es nach Kräften. Zweiter Projektpartner war das Karl von Vogelsang-Institut, damals wie heute unter der Leitung von MR Priv.-Doz. Dr. Helmut Wohnout, der auch in die operative Arbeit eingebunden war. Hinzu kamen Dr. Winfried „Friedl“ Garscha, Dr. Heinz Arnberger, Mag. Susanne Uslu-Pauer und ich. Unterstützend halfen zudem noch mit: Dr. Gerhard Ungar, Dr. Hannes Schönner und Julio Venis. Den organisatorischen Teil regelte Meinhard Friedl, M.A. Nach der Hälfte der Laufzeit verließ Susanne Uslu-Pauer das Projekt aus persönlichen Gründen; ihren Part übernahm Mag. Julia Kreiner. Ziel der Forschungen war es, eine Datenbank zu erstellen, in der möglichst alle Personen erfasst werden sollten, die durch nationalsozialistische Gewalttaten entweder getötet, verletzt oder Opfer einer existentiellen Sachbeschädigung geworden waren. Als Zeitraum für die Forschung wurde im Wesentlichen die sogenannte Verbotszeit, also der Zeitraum von 19. Juni 1933 bis zum „Anschluss“ gewählt, wobei zum besseren Verständnis auch die Tage unmittelbar vor dem Parteiverbot miteinbezogen wurden.

Die Arbeit gestaltete sich weit aufwendiger als angenommen. Neben verschiedenen Tageszeitungen mussten mehrere hundert Aktenkartons durchgesehen werden; die Recherchearbeit wurde zwischen Susanne Uslu-Pauer bzw. Julia Kreiner und mir aufgeteilt. Es gelang uns, am Ende der Laufzeit eine Datenbank zu präsentieren und das Projekt erfolgreich abzuschließen. Einzelne Details wurden im Jahrbuch des KVVJ *Demokratie und Geschichte* publiziert. Dabei entstand der Plan, die Ergebnisse in Buchform zu präsentieren. Doch wie das Leben so spielt, kam immer wieder einmal etwas dazwischen, das die Arbeit an einem solchen Buchprojekt bremste. Bei mir waren es Jobwechsel, Habilitation,

Gastsemester, neue Studienprogramme und was sonst noch den Alltag eines wissenschaftlichen Mitarbeiters am Anfang seiner Universitätskarriere so ausfüllt. Friedl Garscha war sofort nach dem Abschluss des Projekts in neue Forschungen involviert und so döste das „Buchprojekt“ mehrere Jahre vor sich hin.

Ein Aufenthalt an der Universiteit Leiden im Sommersemester 2015 gab mir die Möglichkeit, mich nach mehr als zehn Jahren wieder intensiv mit den damaligen Arbeiten zu beschäftigen und vor allem die in den vergangenen Jahren sehr zahlreich erschienenen Publikationen zum Thema einzuarbeiten. Dabei verschob sich der Fokus ein bisschen hin zur Frage, welche Rolle der nationalsozialistische Terror in Österreich in den Jahren 1933 bis 1938 überhaupt gespielt hatte.

Im Jahr 2019 kann ich nun endlich diese persönliche Bringschuld einlösen und eine Publikation zum nationalsozialistischen Terror in Österreich in den Jahren 1933 bis 1938 fertigstellen. Das vorliegende Buch wäre aber sicher nie fertig geworden, wenn mir nicht zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde, aber auch Familienmitglieder geholfen hätten. Jeder, der jemals ein derartiges Vorwort geschrieben hat, weiß wie schwierig es ist, die richtige Reihenfolge jener Menschen zu finden, denen besonderer Dank gebührt, deshalb sei hier ausdrücklich vorangestellt, dass die Reihenfolge keine Aussage über die Gewichtung treffen soll.

Zunächst gilt mein Dank den beiden operativen Projektleitern Helmut Wohnout und Friedl Garscha. Beide haben ungeheuer viel fachlichen Input geliefert; mit beiden entwickelte sich eine persönliche Freundschaft, die weit über die Projektzusammenarbeit hinausging. Es war ihr Projekt, an dem ich beteiligt sein durfte. Seitens des DÖW war vor allem Heinz Arnberger stets eine wichtige Anlaufstelle, ganz besonders wenn es um Fragen des Gedenkens ging. Das von ihm betreute Projekt „Mahnen und Gedenken“ war ein wesentlicher Impulsgeber, der auch dazu beitrug, zahlreiche Unsicherheiten zu beseitigen. Gerhard Ungar half, die Datenbank zu gestalten, und sorgte letztlich dafür, dass die von uns gesammelten Daten auch über die Homepage des DÖW abrufbar sind. Susanne Uslu-Pauer und Julia Kreiner leisteten einen wesentlichen Teil der Recherchen im Österreichischen Staatsarchiv. Susanne stöberte auch die seinerzeit illegalen Ausgaben der *Arbeiter-Zeitung* auf. Aber auch Claudia Kuretsidis-Haider, Stefan Roth und vor allem der unverwechselbare, leider viel zu früh verstorbene Herbert Exenberger halfen immer wieder mit, das Projekt zu einem guten Abschluss zu bringen. Seitens des Karl von Vogelsang-Instituts war es besonders Johannes Schöner, der immer wieder Akten und Fotos auftrieb, mit Literatur aushalf und auch ein hervorragender wissenschaftlicher Diskussionspartner war. Meinhard Friedl sorgte, wie schon erwähnt, für den reibungslosen Ablauf der Organisation. Auch die damalige Mitarbeiterin der Bibliothek Mag. Barbara Lipp trug viel zum Gelingen bei.

Im Österreichischen Staatsarchiv gilt mein besonderer Dank Dr. Rudolf Jeřábek, der uns nicht nur betreute, sondern von Anfang an in einer absolut nicht selbstverständlichen Art und Weise mit Hinweisen zur Seite stand. Ebenso möchte ich Heinz Placz danken.

Zahlreichen weiteren Personen in Archiven und Bibliotheken, die ich hier aus Platzgründen nicht nennen kann, sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Nach Abschluss des Projekts waren es vor allem mein Kollege Univ.-Prof. Dr. Dieter Anton Binder und MR Dr. Christoph Ramoser, die mich nicht nur motivierten, endlich das Buch zu schreiben, sondern auch durch einen Blick auf die diversen Entwürfe viel Input für meine Überlegungen lieferten. Dank gilt auch Mag. Dr. Maria Pronay für das kritische Lesen besonders jener Passagen, die sich mit juristischen Fragen beschäftigten. Viele Kolleginnen und Kollegen, die ich ebenfalls nicht im Einzelnen aufzählen kann, haben mich immer wieder unterstützt, sei es durch Hinweise, sei es durch Diskussionen. Besonderer Dank gebührt natürlich last but not least meiner lieben Frau Mag. Marie Thérèse Kastner, die mir nicht nur als geduldige Ehefrau, sondern auch als kritische Kollegin zur Seite stand, und meinen beiden Söhnen Paul (16) und Peter (13) dafür, dass sie mir jenen Freiraum einräumten, der notwendig war, um ein solches Buch zu finalisieren.

Abschließend möchte ich das Buch nicht nur jenen Personen widmen, die von ihm behandelt werden, also allen Opfern des nationalsozialistischen Terrors in Österreich zwischen 1933 und 1938, sondern vier Menschen, die sehr viel zu seiner Realisierung beigetragen haben, die Fertigstellung aber nicht mehr erlebt haben. Da wäre zunächst meine Mutter, Lucia Kastner, verstorben 2016. Sie war nicht nur jene Person, die bislang alle meine Arbeiten als Erstes gelesen und kommentiert hat, sie hat mich auch immer motiviert, dranzubleiben. Weiters sei das Buch jenem Mann gewidmet, der die Idee zu dem Projekt hatte und mir des Öfteren als Gesprächspartner zur Verfügung stand, nämlich Botschafter Ludwig Steiner, verstorben 2015. Drittens möchte ich an den im Jahr 2009 viel zu jung verstorbenen Julio Veniss, EDV- und Layout-Genie an der Polak und am KVVV, erinnern, der wie Gerhard Ungar für die Programmierung der Datenbank und damit für die gesamte Arbeit unverzichtbar war. Last but not least sei hier mit Elisabeth Wehofschtz eine weitere Person aus dem familiären Umfeld erwähnt, die immer wieder durch die Herstellung von Kontakten, aber auch durch Gespräche über die NS-Zeit, die sie als Kind und Jugendliche erlebt hatte, zur Erfassung des Themas viel beigetragen hat. Ich hoffe, vor allem diese vier Menschen wären mit dem vorliegenden Ergebnis zufrieden gewesen.

Budapest-Graz-Klosterneuburg im Juli 2019

Fragestellung und Forschungsstand

Als das Karl von Vogelsang-Institut (KVVI) und das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) im Jahr 2000 ein vom damaligen Vizepräsidenten des DÖW Botschafter Ludwig Steiner initiiertes Forschungsprojekt über NS-Opfer in Österreich vor 1938 begannen, war die Ausgangslage eine gänzlich andere als heute. Auch wenn, wie noch gezeigt werden wird, die Zwischenkriegszeit in Österreich und damit auch die Rolle der illegalen Nationalsozialisten spätestens ab den späten 1960er Jahren und besonders ab der Gründung des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität Wien im Jahre 1966 verstärkt im Fokus des wissenschaftlichen Interesses standen, war eine Behandlung von NS-Gewalt abseits der Juliereignisse 1934 kaum erfolgt. Dadurch waren besonders Detailstudien bei weitem noch nicht in jenem Ausmaße vorhanden wie heute. Die durch die so genannte „Waldheim-Affäre“ verstärkte Diskussion über die Beteiligung der früheren und späteren österreichischen Bevölkerung an den Verbrechen der NS-Zeit intensivierte auch Forschungen zu diesem Themenbereich bzw. -bereichen, was ab der Jahrtausendwende zu einer massiven Steigerung des wissenschaftlichen Outputs führte. In diesem Sinne ist auch das erwähnte Projekt zu verstehen, dessen Ziel es war, einen Überblick darüber zu bekommen, wie viele Menschen vor dem sogenannten „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich Opfer nationalsozialistischer Gewalt geworden waren. Dass es solche grundsätzlich gab, war spätestens seit dem Erscheinen von Gerhard Botz' wegweisender Studie *Gewalt in der Politik* allgemein klar und nicht nur in Forscherkreisen bekannt. Dieses Werk erschien erstmals 1976. Die sieben Jahre später herausgebrachte überarbeitete zweite Auflage enthielt dann eine tabellarische Auflistung aller damals bekannten Gewalttaten mit politischem Hintergrund. Dabei war gleichgültig, vom wem die Gewalt ausgegangen und wer daran beteiligt war.¹ Für alle Studien zur politischen Gewalt in der Zwischenkriegszeit in Österreich ist Botz' Werk bis heute eine unverzichtbare Grundlage. Ebenso wie Botz hatte im Jahr 1976 Gerhard Jagschitz mit seinem

1 Gerhard Botz, *Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1938*, München 1976 bzw. München 2 1983.

Buch *Der Putsch*² eine grundlegende Arbeit über die versuchte und letztlich gescheiterte nationalsozialistische Erhebung im Jahre 1934 abgeliefert, die ebenso wie Botz' Studie bis heute eigentlich nichts an Aktualität eingebüßt hat, auch wenn das spätere Auftauchen damals unbekannter Quellen durchaus für eine Präzisierung sorgte. Es erübrigt sich zu sagen, dass beide Autoren dem Thema treu blieben und mit zahlreichen weiteren Publikationen wesentliche Beiträge zur Erforschung besonders der 1930er Jahre geliefert haben.³ Beide Studien zeigen jedoch, dass die Zahl der Opfer nationalsozialistischer Gewalt beachtlich gewesen sein muss.

Die Hintergründe dieser Gewalt waren aber vielfach unklar. Weder gab es eine systematische Analyse der Formen nationalsozialistischer Gewalt, noch eine Erfassung der Opfer. Im Fokus standen, wenn, dann eher die Täter, so ein etwaiges Engagement im Kampf gegen das „Dollfuß/Schuschnigg Regime“, als welches die damalige Regierung von den Nationalsozialisten bezeichnet wurde, für die spätere Karriere der NS-Kämpfer entweder im Deutschen Reich oder nach 1938 auch in der „Ostmark“ bzw. den „Alpen- und Donaugauen“ von Bedeutung war. Die Ausgangslage für das seinerzeitige Projekt und in weiterer Folge auch für dieses Buch war daher zunächst die Frage nach der Zahl etwaiger Opfer. Die Zahl der Todesopfer der Julikämpfe auf Regierungsseite sowie unbeteiligter Zufallsopfer beträgt, und dies ist schon länger bekannt, 115 Personen.⁴ Über die Verletzten wurde und wird nur spekuliert. Von Anfang an stellte sich also die Frage nach der Methodik, nach der Herangehensweise, um eine möglichst exakte Zahl zu erhalten.

Dazu musste zunächst der Begriff „Opfer“ definiert werden, was auf Grund der zu Beginn noch nicht absehbaren Folgen einzelner nationalsozialistischer Gewalttaten nicht ganz einfach war. Als Opfer gelten in dieser Studie letztlich jene natürlichen Personen, die durch eine nationalsozialistische Gewalttat oder deren Folgen entweder getötet, verletzt oder in ihrer materiellen Existenzgrundlage massiv geschädigt wurden. Eine solche Festlegung war schon alleine deshalb nötig, weil sich die Anschlagstätigkeit der Nationalsozialisten zu bestimmten Zeiten vordringlich gegen staatliche Einrichtungen richtete und hier massiven

2 Gerhard Jagschitz, *Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich*, Graz/Wien/Köln 1976.

3 Im Falle von Jagschitz sind hier besonders zu erwähnen: *Die Nationalsozialistische Partei*, in: Tólos u. a. (Hgg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933*, Wien 1995, 231–241; sowie ders., *Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen*, Wien 1977, 156–187. Bei Botz sei verwiesen auf: *Arbeiterschaft und österreichische NSDAP-Mitglieder (1926–1945)*, in: Rudolf Ardel, Hans Hutmann (Hgg.), *Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich*, Wien/Zürich 1980, 45–71; ders., *Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung, Kriegsvorbereitung 1938/39*, Wien 2018; als Herausgeber: ders. (Hg.), *Schweigen und Reden einer Generation. Erinnerungsgespräche mit Opfern, Tätern und Mitläufern des Nationalsozialismus*, 2. erweiterte Auflage, Wien 2007.

4 Zuletzt beschäftigte sich besonders Kurt Bauer, auf den noch genauer eingegangen werden wird, mit dem Thema 1934. Kurt Bauer, *Februar und Juli 1934 – neue Forschungsergebnisse*, in: Michael Dippelreiter/Christian Prosl (Hgg.), *Österreich 1934 – das Spiel mit dem Feuer. Versuch einer differenzierten Betrachtung. Ergebnisse des 19. Wiener Kulturkongresses vom 4./5. November 2014*, Klagenfurt 2015, 67–80.

finanziellen Schaden verursachte. Derartige Angriffe wurden, da es sich bei den Opfern nicht um natürliche Personen handelt, in die Auflistung der Opfer nicht übernommen. Daraus folgt auch schon die nächste zentrale Frage, nämlich wer waren die Personen, die letztlich zu Opfern wurden? Gab es eine Systematik nach der die Opfer ausgewählt wurden oder überwogen die Zufallsopfer? Wollte man möglichst großen „Krach“ machen, soll heißen spektakuläre Auftritte mit möglichst wenig geschädigten Unschuldigen, oder war man dagegen vielleicht sogar an möglichst viel Angst und Schrecken auf Seiten der Bevölkerung und besonders der Regierung interessiert? Woraus sich als weitere Frage ergibt, ob diese Taten als einfache Gewalttaten oder als systematischer Terror einzustufen sind? Die Frage, inwieweit man dies tun kann, sprich nationalsozialistische Gewalttaten als Terror zu bezeichnen, wird im folgenden Kapitel noch ausführlich behandelt werden, weshalb an dieser Stelle vorerst nicht darauf eingegangen wird. Darüber hinaus stehen aber noch weitere Fragen im Fokus: Spielten bei der Auswahl der Opfer klassische nationalsozialistische Motive wie Antisemitismus eine Rolle? Gab es einen zentralen Plan hinter den Gewalttaten, oder agierten hier vorwiegend Einzeltäter bzw. Kleinstzellen? Wie reagierte die Bevölkerung auf die Anschläge und gelang es den Nationalsozialisten tatsächlich, jemanden durch ihr Vorgehen entsprechend einzuschüchtern? Und schließlich muss auch der Frage nachgegangen werden, wie stark die NSDAP in Österreich zu dieser Zeit tatsächlich war. War also der „Anschluss“ ein Werk „österreichischer“ Nationalsozialisten, wobei dieser Begriff an sich hinterfragenswert ist, oder gelang dieser letztlich nur durch massiven Einfluss von außen, wie der Titel dieses Buches ja durchaus suggeriert?

Die Suche und vor allem die Identifizierung der Opfer gestaltete sich höchst komplex. Ein Akt im Bereich der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit hält einen weitgehend unbekanntem Sachverhalt fest, nämlich: „daß die meisten Akten über die Anschläge der Nationalsozialisten entweder 1938 von den NS entfernt oder 1945 von der Gestapo vernichtet wurden.“⁵ Inwieweit das zutrifft, wird zwar im Verlauf der Studie noch zu klären sein, es kann allerdings an dieser Stelle verraten werden, dass z. B. eine endgültige Identifizierung aller Opfer nicht möglich war, womit man auch annehmen kann, dass die Dunkelziffer der Opfer wohl etwas höher liegen dürfte, als hier gezeigt.

Ausgehend von Botz' Studie konnte zunächst ein ungefähres Raster erstellt werden, quasi eine Mindestanzahl an Opfern und Anschlägen. In einer nächsten Phase wurde eine Medienanalyse vorgenommen, wobei zunächst die *Wiener Zeitung* als Organ der Regierung und die *Arbeiter-Zeitung* als Organ der Opposition, und hier besonders auch die in der Tschechoslowakei verlegten Exemplare aus der Illegalität, systematisch durchgesehen wurden, was einerseits die Ergebnisse von Botz weitgehend bestätigte, aber auch bereits

5 ÖStA, AdR, BKA/Inneres, 22/gen GZ 20.280-2/47.

weitere, bislang unerwähnt gebliebene Vorfälle sichtbar machte, auch solche, wo eine nationalsozialistische Verantwortung zwar möglich, manchmal auch wahrscheinlich, aber sehr oft auch nicht hundertprozentig erwiesen war. In Einzelfällen wurde als ergänzende Medienanalyse *Das Kleine Blatt*, eine sozialdemokratisch ausgerichtete Zeitung⁶, und die *Reichspost* hinzugezogen. Hier brachte für die endgültige Erstellung der Studie besonders die ab dem Jahr 2003 von der Österreichischen Nationalbibliothek vorangetriebene Digitalisierung von Zeitungen im Rahmen des Projekts ANNO (AustriaN Newspapers Online) eine ungeheure Verbesserung.⁷ Die Einführung der Volltextsuche in ANNO ermöglichte es, Forschungslücken mit einer Einfachheit zu schließen, an die man im Jahr 2002 noch gar nicht zu denken wagte, da es nun plötzlich möglich war, auch in lokalen Zeitungen gezielt nach Namen von Personen oder konkreten Ereignissen zu suchen. ANNO ermöglichte es letztlich, dass fast alle registrierten Todesopfer auch identifiziert werden konnten.

Der nächste und auch umfangreichste Schritt war schließlich die Auswertung des Bestandes BKA/Inneres und hier vor allem der Bereich „Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit“ im Österreichischen Staatsarchiv. Da es zu den einzelnen Akten keinen Index gibt, wurden die Berichte der Landessicherheitsdirektionen zur Gänze von 1932 bis 1938 durchgesehen. Ebenso wurde mit den Akten des Dollfuß-Fonds verfahren. Ergänzt wurden die Forschungen im Archiv der Republik durch Recherchen im Bereich des BMfLV, wie z. B. die Militärgerichtsprozesse gegen die Teilnehmer am nationalsozialistischen Aufstandsversuch im Juli 1934.

Als problematisch erwies sich, dass sowohl Zeitungen als auch Akten vielfach äußerst ungenaue Angaben machten. Dies offenbarte sich zuallererst in der Klassifizierung von Verletzungen, wo solche, die ihrer Beschreibung nach eindeutig als schwer zu klassifizieren wären, wie z.B. Knochenbrüche, als leicht eingestuft wurden. Vor allem in jenen Zeitabschnitten, in welchen die Zahl nationalsozialistischer Gewalttaten sehr hoch war, ist auch eine Abstumpfung in der Berichterstattung erkennbar. Auch dies spricht wiederum dafür, dass es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht gelungen ist, alle Opfer zu erfassen. Selbst in der letzten Phase, in der dieses Buch erstellt wurde, tauchten noch zusätzliche Hinweise auf Verletzte und sogar Tote auf, die selbst in dem sehr engmaschigen Netz der Quellenanalyse bislang übersehen worden waren. Andererseits kam es auch vor, dass durch ungenaue Angaben aus einem Opfer plötzlich zwei wurden. Selbst in den amtlichen Quellen weichen Namensschreibweisen häufig stark von-

6 Dies gilt natürlich nur bis 1934, solange der sozialdemokratische Journalist Julius Braunthal als Chefredakteur fungierte. *Das Kleine Blatt* wurde 1927 von Braunthal gegründet, verstand sich als sozialdemokratisches Boulevardblatt und stand im Besitz des Vorwärts-Verlags. <http://www.oeaw.ac.at/cgi-bin/cmc/wz/all/O430/> (abgerufen am 26.3.2018). Nach den Julikämpfen wurde der Schüler Oskar Spanns und prominente katholische Couleurstudent August Maria Knoll, seines Zeichens auch einer der Mitbegründer des DÖW, zum Chefredakteur. http://anno.onb.ac.at/info/dkb_info.htm (abgerufen am 20.5.2018).

7 Vgl. <http://anno.onb.ac.at>.

einander ab; die Verwendung von falschen Vornamen ist ebenfalls kein Einzelfall. Auch die in einigen Gegenden Österreichs bis heute üblichen Hofnamen sorgten bei Opfern im bäuerlichen Bereich zeitweise für Verwirrung. Für die endgültige Identifizierung der Todesopfer wurde damit eine weitere Innovation im Bereich der biographischen Forschung zum Glücksfall, nämlich das Projekt *Matricula*,⁸ das vom International Center for Archival Research (ICARUS) betrieben wird. Hier wurden nahezu alle österreichischen katholischen und auch einige wenige evangelische Kirchenbücher digitalisiert und online gestellt, sodass es gezielt möglich war, nach Todesopfern zu suchen und ihre persönlichen Daten zu komplettieren, teilweise auch falsche Daten aus den Akten und der einschlägigen Literatur richtigzustellen. Dadurch wurde es ebenfalls möglich, die Religionszugehörigkeit der Opfer zu erheben. Die online verfügbare Datenbank der Wiener Friedhöfe half ebenfalls bei schwierigen Identifizierungen.⁹ Weitere wichtige Informationen liefert auch die Quellenedition *Nationalsozialisten vor dem Volksgericht* von Hellmut Butterweck, da bei diesen Prozessen durchaus auch auf Fälle vor 1938 Bezug genommen wurde.¹⁰

Wie bereits erwähnt, ist die Forschung über die Zeit 1933 bis 1945 in den letzten Jahren stark intensiviert worden, wobei ab dem „Anschluss“ der Situation in Österreich, oder besser in den „Alpen- und Donaugauen“, selbst leider oft weniger Interesse entgegengebracht wird, als eigentlich anzunehmen wäre. Die löbliche Ausnahme bildet hier sicher Evan Burr Bukeys *Hitlers Österreich*.¹¹ Einige deutsche, aber auch internationale Forschungen klammern das österreichische Gebiet in manchen Fragen sogar aus. So liefert Mark Reibling, Dozent an der Georgetown University und an der Universität Gregoriana in Rom, mit *Die Spione des Papstes* eine sehr fundierte Studie über deutsche Katholiken im Widerstand ab, klammert dabei aber den katholischen Widerstand auf dem Gebiet Österreichs aus, wie z. B. die Gruppe des Augustiner Chorherrn Roman Karl Scholz aus, der immerhin von der Deutschen Bischofskonferenz ins Deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts aufgenommen wurde.¹² Auch in Daniel Jonah Goldhagens Arbeiten, die in der Scientific Community zumeist weitaus weniger rezipiert werden als im populärwissenschaftlichen Diskurs, sind die Geschehnisse in den „Alpen- und Donaugauen“ zumeist nur ein Randthema.¹³ Weit mehr Raum wird Österreich in dem ausgezeichneten Überblickswerk *Nationalsozialismus* von Kurt Bauer ge-

8 Vgl. <http://data.matricula-online.eu/de/> (abgerufen am 26.4.2018).

9 Vgl. <https://www.friedhofewien.at/portal2/> (abgerufen am 12.5.2018).

10 Vgl. Hellmut Butterweck, *Nationalsozialisten vor dem Volksgericht Wien. Österreichs Ringen um Gerechtigkeit 1945–1955 in der zeitgenössischen Wahrnehmung*, Innsbruck 2016.

11 Evan Burr Bukey, *Hitlers Österreich. Eine Bewegung und ein Volk*, Wien 2001.

12 Mark Reibling, *Die Spione des Papstes. Der Vatikan im Kampf gegen Hitler*, München 2017.

13 Daniel Jonah Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, München 2000; ders., *Die katholische Kirche und der Holocaust, Eine Untersuchung über Schuld und Sühne*, Berlin 2002.

geben.¹⁴ Sven Felix Kellerhoff widmet der Situation in Österreich ein eigenes, wenn auch kurzes Kapitel.¹⁵ Wie wenig Raum insbesondere den Ereignissen in Österreich eingeräumt wird, zeigt sich auch daran, dass den Hauptakteuren diversester massiver Gewalttaten praktisch kaum Interesse entgegengebracht wird. So findet sich zu Max Grillmayer, einem der Hauptorganisatoren von NS-Gewalttaten in Österreich, der in alle größeren Aktionen, in den Bombenterror ebenso wie in Fememorde, involviert war, nicht einmal ein Eintrag in Ernst Klees *Personenlexikon zum Dritten Reich*.¹⁶ Daraus lässt sich schließen, dass einer der treuesten, brutalsten und wichtigsten Vasallen der NS-Gewaltmaschinerie in Österreich aus Sicht des Gesamtreiches offenbar ein Niemand war.

Bei der Opfer-Forschung dominiert verständlicherweise der Blickpunkt auf die Opfer seit der Machtübernahme im März 1938. Hier gab es zweifellos Überschneidungen, da, wie noch gezeigt werden wird, bereits ab dem „Berchtesgadener Abkommen“ sich die Schleusen der Gewalt öffneten. Mit dem Band *Gelitten für Österreich* versuchte das Karl von Vogelsang-Institut bereits 1988, Biographien zahlreicher Österreicherinnen und Österreicher vorwiegend aus dem bürgerlichen Milieu darzustellen.¹⁷ Auch die Festschrift *Opferschicksale. 50 Jahre Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands*, erschienen im Jahr 2013, widmete sich ausgiebig Menschen, die zwischen 1938 und 1945 vom NS-Regime verfolgt wurden.¹⁸

Natürlich stehen die beiden Opferzahlen in einem krassen Missverhältnis: Brigitte Bailer und Gerhard Ungar gehen in eben erwähntem Buch des DÖW von mindestens 110.000 „österreichischen“ Opfern aus, die zwischen 1938 und 1945 ums Leben kamen.¹⁹ Daneben nehmen sich die 166 gesicherten Todesopfer der Zeit zwischen 1933 und 1938 als geradezu statistisch vernachlässigbar aus. Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass diese Personen nicht von einer staatlich industrialisierten Tötungsmaschinerie ermordet wurden, sondern im Rahmen von Einzelaktionen ums Leben kamen. Die meisten Todesopfer bei einer derartigen einzelnen Aktion waren die elf Toten bei den Kämpfen um Wolfsberg im Juli 1934. Allerdings stellt sich natürlich die Frage, ob eine derartige Anzahl von Toten und noch mehr Verletzten nicht doch eine Relevanz für die politische Gesamtentwicklung Österreichs im behandelten Zeitraum hatte.

14 Kurt Bauer, Nationalsozialismus. Ursprünge, Anfänge, Aufstieg und Fall, Wien/Köln/Weimar 2008. Hier sei natürlich auch Kurt Bauers neueste Studie *Die dunklen Jahre* erwähnt, erschienen 2017, die vom Feuilleton mit Begeisterung aufgenommen wurde (u. a. Platz 1 in der Sachbuch-Bestenliste des Monats Februar 2017, gekürt von einem Team von Fachjournalisten, Publizisten und renommierten Experten). Kurt Bauer, *Die dunklen Jahre. Politik und Alltag im nationalsozialistischen Österreich 1938–1945*, Frankfurt a. M. 2017.

15 Sven Felix Kellerhoff, *Die NSDAP. Eine Partei und ihre Mitglieder*, Stuttgart 2017, 310–313.

16 Ernst Klee, *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, aktualisierte Ausgabe, Frankfurt 2007.

17 *Gelitten für Österreich. Christen und Patrioten in Verfolgung und Widerstand*, hg. v. Karl von Vogelsang-Institut, Wien 1988.

18 *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hg.), *Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus. Jahrbuch 2013*, Wien 2013.

19 Brigitte Bailer/Gerhard Ungar, Die Zahl der Todesopfer politischer Verfolgung – Ergebnisse des Projekts, in: *Opferschicksale*, 111–124, hier 124.

In Summe können die Jahre 1933 bis 1938 als vergleichbar gut erforscht bezeichnet werden. Die von Walter Goldinger verfasste und von Dieter A. Binder überarbeitete Geschichte der Ersten Republik bietet bis heute einen erstklassigen Einstieg in diese Gesamtproblematik.²⁰ Zuletzt lieferten auch Anton Pelinka mit *Die gescheiterte Republik*²¹ und Lothar Höbelt mit *Die Erste Republik Österreich (1918–1938): Das Provisorium*²² höchst fundierte Betrachtungen dieser nicht unproblematischen Zeit. Weit mehr als die erwähnte Zeit 1918 bis 1938 behandelt Ernst Hanischs *Der lange Schatten des Staates*, ein Werk, das gerade zum Verständnis der in dieser Studie behandelten Epoche wesentliche Grundlagen abdeckt.²³ Hanischs geradezu bahnbrechende *Otto-Bauer-Biographie*²⁴ ist für die Betrachtung ebenso unverzichtbar wie *Der bewaffnete Aufstand* von Otto Naderer²⁵ oder Walter Wiltscheggs immer noch aktuelle Arbeit über die Heimwehren,²⁶ weil sie wesentliche Informationen zum Verständnis des Umfelds liefern. Auch Kurt Bauers neueste Publikation *Der Februaraufstand 1934. Fakten und Mythen*²⁷ liefert wesentliche Hintergrundinformationen, auch wenn es sich mit dem zweiten großen Thema des Jahres 1934 und weniger mit dem Nationalsozialismus beschäftigt.

Ein breites Feld wurde in den vergangenen Jahren dem sogenannten „Austrofaschismus“ eingeräumt. Hier ist an erster Stelle der von Emmerich Tálos und Wolfgang Neugebauer herausgegebene Sammelband zu nennen.²⁸ Helmut Wohnouts wegweisende Arbeit über den Ständestaat sei hier nicht nur der Vollständigkeit halber erwähnt, sondern weil sich gerade dort wesentliche Informationen für die Konfliktstellung zwischen Regierung und Nationalsozialisten finden lassen.²⁹

Einen Überblick über alle forschungsrelevanten Schriften zu den illegalen Nationalsozialisten liefert Hans Schafranek im Sammelband *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime* von Florian Wenninger und Lucille Dreidemy.³⁰

20 Walter Goldinger/Dieter A. Binder, *Geschichte der Republik Österreich 1918–1938*, Wien/München 1992.

21 Anton Pelinka, *Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918–1938*, Wien/Köln/Weimar 2017.

22 Lothar Höbelt, *Die Erste Republik Österreich (1918–1938): Das Provisorium* (= Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Bd. 64), Wien 2018.

23 Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert* (= Österreichische Geschichte 1890–1990, hg. v. Herwig Wolfram), Wien 1994.

24 Ernst Hanisch, *Der große Illusionist. Otto Bauer (1881–1938)*, Wien 2011.

25 Otto Naderer, *Der bewaffnete Aufstand. Der Republikanische Schutzbund der österreichischen Sozialdemokratie und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg (1923–1934)*, Graz 2004.

26 Walter Wiltschegg, *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?*, Wien 1985.

27 Kurt Bauer, *Der Februaraufstand 1934. Fakten und Mythen*, Wien 2019.

28 Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938*, Münster/Wien/Berlin 2014.

29 Helmut Wohnout, *Regierungsdiktatur oder Ständeparlament? Gesetzgebung im autoritären Österreich* (= Studien zu Politik und Verwaltung 45), Wien/Graz/Köln 1993.

30 Hans Schafranek, *Österreichische Nationalsozialisten in der Illegalität 1933–1938. Ein Forschungsbericht*, in: Florian Wenninger/Lucille Dreidemy (Hgg.), *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes*, Wien/Köln/Weimar 2013, 105–137.

Der wahrscheinlich am ausführlichsten behandelte Abschnitt ist zweifellos der Juli 1934, wobei sich hier seit der erwähnten Studie von Jagschitz einiges getan hat. Im Jahre 1984, zum 50. Gedenkttag, erschien ein Band von Wolfgang Etschmann, der sich den Juliereignissen aus militärhistorischer Sicht annäherte.³¹ Dann sind in jedem Fall die beiden Monographien von Kurt Bauer *Elementar-Ereignis*³² und *Hitlers Zweiter Putsch*³³ zu nennen, ebenso wie Hans Schafraneks *Sommerfest mit Preisschießen*³⁴. *Bauers Elementar-Ereignis* liefert dabei auf Grund seiner minutiösen Beschreibungen der einzelnen Kampferte wichtige Informationen auch und besonders für die Opfer. Die Regionalstudien von Christian Klösch³⁵ und Gerald M. Wolf³⁶ zeigen regionale Aspekte der Juliereignisse auf und sind daher für dieses Themenfeld ebenfalls von Bedeutung.

Wesentlich früher entstanden und einmal überarbeitet ist die Studie von Gottfried Karl Kindermann.³⁷ Der Politologe wählt hier einen von der allgemeinen historischen Sichtweise stark divergierenden Ansatz und reduziert die Regierungen Dollfuß und Schuschnigg in allem und jeden auf eine Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus. Er agiert dabei wie ein Strafverteidiger, der das Material so selektiert, dass über seinen Mandanten ein optimales Bild entsteht. Damit gerät er in starkem Widerspruch zu den Anhängern einer geradezu alles überlagernden „Austrofaschismus-These“, die partiell einer forensischen Geschichtsschreibung zuzuordnen wäre. Diese Gegenposition zu Kindermann wurde in Charles A. Gulicks *Österreich von Habsburg zu Hitler* schon unmittelbar nach dem Krieg im Jahre 1948 abgesteckt.³⁸ Gerade dieser Konflikt macht die Betrachtung der Zeit vor dem „Anschluss“ besonders schwierig.³⁹ Wie fast immer liegt die Wahrheit wohl in der Mitte. Kindermanns Darstellungen sind zweifellos schwierig und überhöhen in vielem besonders Dollfuß, weswegen ihm sicher nicht in allem zuzustimmen ist. Aber genauso verhält es sich, wie noch gezeigt werden wird, mit jenen Arbeiten, die gerne übersehen, dass der

31 Wolfgang Etschmann, *Die Kämpfe in Österreich im Juli 1934* (= Militärgeschichtliche Schriftenreihe Bd. 50), Wien 1984.

32 Kurt Bauer, *Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934*, Wien 2003.

33 Kurt Bauer, *Hitlers Zweiter Putsch. Dollfuß, die Nazis und der 25. Juli 1934*, St. Pölten/Salzburg/Wien 2014.

34 Hans Schafranek, *Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannteste Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934*, Wien 2006.

35 Christian Klösch, *Des Führers heimliche Vasallen. Die Putschisten des Juli 1934 im Kärntner Lavanttal*, Wien 2007.

36 Gerald M. Wolf, „Jetzt sind wir die Herren ...“. Die NSDAP im Bezirk Deutschlandsberg und der Juli-Putsch 1934, (= Grazer zeitgeschichtliche Studien, Bd. 3), Innsbruck 2008.

37 Gottfried-Karl Kindermann, *Hitlers Niederlage in Österreich. Bewaffneter NS-Putsch, Kanzlermord und Österreichs Abwehrsieg von 1934*, Hamburg 1984, sowie ders., *Österreich gegen Hitler. Europas erste Abwehrfront 1933–1938*, Bonn 2003. Der erste Teil von *Österreich gegen Hitler* ist weitgehend identisch mit *Hitlers Niederlage in Österreich*, sodass hier von einer überarbeiteten und stark erweiterten Neuauflage unter anderem Titel gesprochen werden kann.

38 Das Original erschien in Kalifornien: Charles A. Gulick, *Austria from Habsburg to Hitler*, Berkeley/Los Angeles 1948.

39 Dieses Spannungsfeld der unterschiedlichen Sichtweisen thematisiert auch Pelinka, der der Position Gulicks neben jener von Kindermann ursprünglich auch noch Gordon Brook-Shepherd gegenüberstellt. Vgl. Pelinka, *Die gescheiterte Republik*, 286.

österreichische Ständestaat wohl einer der erbittertsten Gegner und kein natürlicher Verbündeter des nationalsozialistischen Deutschland im Faschismus war.

Wie zu Beginn schon festgehalten, standen bei den Forschungen und auch bei dieser daraus resultierenden Studie die Opfer im Mittelpunkt. Auch wenn sich dabei zwangsläufig die Namen zahlreicher Täter fanden, so bleiben diese, mit einzelnen begründeten Ausnahmen, weitgehend unerwähnt. Ebenso unerwähnt bleiben jene Personen, die sich entweder selbst geschädigt haben, wie Terroristen, die beispielsweise beim Bombenbauen einen Unfall erlitten haben oder die Teilnehmer an der Julierhebung auf nationalsozialistischer Seite. Dies liegt daran, dass eine vollständige Erfassung auch dieser Personen den Rahmen deutlich gesprengt hätte. Sehr wohl behandelt wurden hingegen jene Opfer, die im Rahmen von Femeverbrechen zu Schaden kamen, da es sich hier zumeist um Menschen handelte, die sich von der NSDAP abgewendet hatten und spätestens zu jenem Zeitpunkt, als sie dem Hass ihrer (ehemaligen) Parteigenossen zum Opfer fielen, wohl mit der Partei gebrochen hatten.

Das vorliegende Buch gliedert sich im Wesentlichen in zwei Teile: Der erste, an diese Einführung anschließende Teil bietet eine historische Analyse der Jahre 1933 bis 1938 mit Blick auf die von NS-Aktivisten gesetzten Gewalttaten. Dabei soll auch auf das Umfeld und die Ursachen eingegangen werden, jedoch nur so weit es für das Thema notwendig ist. So muss natürlich auch ein Blick auf das immer schlechter werdende Verhältnis zwischen Regierung und Opposition in den Jahren 1932 bis Anfang 1934 gelegt werden, ohne aber z. B. dabei die Februarereignisse genauer zu beleuchten. Auch die Juli-Ereignisse werden vorwiegend aus Sicht der terroristischen Aktivitäten gesehen. An dieser Stelle sei auf die weiterführende Literatur in der Zusammenstellung am Ende des Bandes verwiesen.

Der zweite Teil liefert eine Aufstellung aller relevanten, offenbar von Nationalsozialisten verübten Gewalttaten mit Personenschaden zwischen dem 1. Juni 1933 und dem 10. März 1938. Dieser sind eine allgemeine Auswertung und weitere Erläuterungen vorangestellt. Daran schließen die Kurzbiographien jener 166 Personen an, die in dem genannten Zeitraum getötet oder so schwer verletzt wurden, dass die Verletzung bald darauf zum Tod führte. Diesem Teil ist eine kurze kollektive Biographie mit statistischen Auswertungen zu den Opfern vorangestellt. Beide Teile sollen einen Ausgangspunkt für weitere Forschungen bieten, ganz im Sinne des Anhangs bei Gerhard Botz' *Gewalt in der Politik*.

Den Abschluss bildet schließlich ein ausführliches Resümee.

Was ist eigentlich nationalsozialistischer Terror?

In den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts schien und scheint der Terrorismus allgegenwärtig zu sein. Nicht erst seit, aber verstärkt ab dem 11. September 2001 ist Terror in aller Munde und ein die weltweite Tagespolitik beeinflussender Faktor. Ob nun im Nahen oder Fernen Osten, in den USA, Europa, Afrika oder Australien, praktisch jeder Staat ist von irgendeiner terroristischen Gruppe zumindest zeitweise bedroht, wobei insbesondere der „Islamische Staat“ anscheinend neue Dimensionen eröffnet hat. Egal ob IS, Basken, sich unterdrückt fühlende Nordiren oder radikalislamische Palästinenser, um nur eine kleine Anzahl von Beispielen zu nennen, sie alle bedienen oder bedienen sich terroristischer Methoden, die weder neu noch originell sind und die durchaus schon Jahrzehnte zuvor von politischen Extremisten angewandt wurden. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass sich Forschungen vielfach mit den Terroristen, also den Tätern, beschäftigen. Diese wählen besonders in den letzten Jahren ihre Opfer zumeist zufällig aus. Vor rund 40 Jahren, also in den 1970er Jahren funktionierte dies, wie beim Terror der RAF, der Roten Armee Fraktion, auch bekannt als Baader-Meinhof-Bande, in Deutschland oder bei der PLO noch anders, da diese gezielt Bevölkerungsgruppen oder Einzelpersonen einschüchtern wollten. Wie schnell sich für „Terroristen“ das Blatt wenden kann, zeigen die Fälle zahlreicher Freiheitskämpfer, die in jungen Jahren als Terroristen die Fahndungslisten anführten, in späteren Jahren hochbetagt, und mitunter mit dem Friedensnobelpreis geehrt, verstarben. Das anschaulichste Beispiel ist hier wohl der ehemalige israelische Ministerpräsident Menachem Begin, der unter anderem für den Anschlag auf das Jerusalemer *King David Hotel* am 22. April 1946 zumindest mitverantwortlich zeichnete.

Wie sind nun aber jene Gewaltakte, die von Nationalsozialisten in Österreich vor dem „Anschluss“ 1938 begangen wurden, einzustufen? Darf und soll man sie als Terror bezeichnen? Wurden sie auch von Zeitgenossen so gesehen? Es ist evident, dass seitens nationalsozialistischer Parteimitglieder oder Sympathisanten im erwähnten Zeitraum eine Reihe von Gewaltverbrechen begangen wurde. Teilweise sind diese wie die Tötung des österreichischen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß

wesentliche Elemente der Geschichte der österreichischen Zwischenkriegszeit geworden. Ein Großteil der Taten ist aber in absolute Vergessenheit geraten, sodass sich bis heute kaum eine über einen längeren Zeitraum dominierende Gewaltwelle im kollektiven Gedächtnis verwurzelt hat. Der Tod von Engelbert Dollfuß steht in Zusammenhang mit dem Juliputsch, der als einmaliger gescheiterter Versuch der Machtübernahme gesehen wird. Dennoch hat sich die Bezeichnung „Terror“ für das Agieren der Nationalsozialisten seit längerem sowohl in der Fachliteratur als auch im allgemeinen Sprachgebrauch eingebürgert. Es stellt sich aber natürlich die Frage, ob man bei den von nationalsozialistischen Tätern in Österreich zwischen 1933 und 1938 gesetzten Aktionen überhaupt von Terror beziehungsweise Terrorismus sprechen kann, schon alleine deshalb, da beide Begriffe seit den zu beschreibenden Ereignissen eindeutig einen Wandel erfahren haben und mitunter inflationär gebraucht werden.¹ Die fünfzehnte Auflage des *Brockhaus' Konversationslexikon*, die ab dem Jahre 1928 erschien, definierte Terror als:

*Schrecken; seit der Franz. Revolution auch sw. [= sinnverwandt, Anm. d. Verf.] Schreckensherrschaft, Gewaltherrschaft mit rücksichtslosem Vorgehen gegen politische Gegner unter Beiseitesetzung der bürgerlichen Rechte und Gesetze. Terrorisieren, durch Gewaltmaßregeln einschüchtern, unterdrücken.*²

Die in demselben Band ebenfalls angeführte Definition des Begriffs „Terrorismus“ verwies lediglich auf die unter Terror bereits beschriebene „Schreckensherrschaft“.³

Wesentlich ausführlicher widmet sich die 20. Ausgabe des gleichen Lexikons aus dem Jahre 1998 den beiden Themen. So verweist man bereits auf mehrere Arten des Terrors. In Zusammenhang mit Politik findet sich hier: „gewalttätige Form des Machtkampfes, ausgeübt zum einen v. a. von diktator. Reg. [imen] zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, zum anderen von oppositionellen extremist. Kleingruppen oder Einzelpersonen zum Sturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung (↑ Terrorismus).“⁴ Auf den erwähnten Begriff „Terrorismus“ wird in einem eigenen Eintrag dann noch wesentlich ausführlicher eingegangen.

Die beiden hier erwähnten Definitionen sind wesentlich für die These, dass sowohl aus zeitgenössischer als auch aus heutiger Sicht die Gewaltaktionen der

1 Zum Terror als Element der NSDAP vgl. u. a. Jörg Baberowski/Anselm Doering-Manteuffel, *Ordnung durch Terror. Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium*, Bonn 2006. In der in den letzten Jahren durchaus intensivierten Erforschung der Terrorismus-Theorien steht die NSDAP aber meist nicht im Mittelpunkt. Zur allgemeinen Terrorismusforschung vgl. u. a. Alexander Straßner (Hg.), *Sozialrevolutionärer Terrorismus. Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien*, Wiesbaden 2008; sowie Dirk Freudenberg, *Theorie des Irregulären. Partisanen, Guerillas und Terroristen im modernen Kleinkrieg*, Wiesbaden 2008.

2 Der große Brockhaus. *Handbuch des Wissens in zwanzig Bänden*. Fünfzehnte völlig neu bearbeitete Auflage von Brockhaus' Konversations-Lexikon. Bd. 18, Leipzig 1934, 571.

3 Ebenda.

4 Brockhaus – *Die Enzyklopädie: in 24 Bänden*. 20. überarbeitete und aktualisierte Auflage. Bd. 21, Leipzig/Mannheim 1998, 679.

Nationalsozialisten eindeutig als Terror bezeichnet werden können. Die weiteren forschungsrelevanten Fragen sind daher, ob diese „Gewaltmaßregeln“ der österreichischen NSDAP eindeutig auf Einschüchterung und Unterdrückung abzielten, und ob man die NSDAP als eine extremistische oppositionelle Kleingruppe bezeichnen kann, die den Sturz der damals bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung erreichen wollte.

Die letzte und vielleicht entscheidende Frage für die Klassifizierung ist schließlich, ob auch die im Bereich Terrorismus definierten „operativen Ziele und taktischen Mittel“ wie „[...] Sabotage, Entführung und Ermordung führender Vertreter des bekämpften Staats- und Gesellschaftssystems aus Politik, Justiz und Wirtschaft [...]“ angewandt wurden, um „[...] das Gewaltmonopol des Staates in Frage zu stellen, den Staat als hilflos ‚vorzuführen‘, die polit. Ordnung zu destabilisieren, ein Klima der Unsicherheit in der Bev. zu fördern und so mittel- und langfristig eine ‚revolutionäre Situation‘ herbeizuführen“?⁵

Ziel der vorliegenden Studie war es, nicht nur zu erheben, ob das Verhalten der NSDAP in Österreich vor 1938 als terroristisch bezeichnet werden kann, soll oder muss, sondern vielmehr die Opfer ihrer Gewalttaten zu erfassen. Daneben soll auch gezeigt werden, wie auf die Gewaltverbrechen der NSDAP reagiert wurde, und ob es Maßnahmen gab, die darauf abzielten, die nationalsozialistischen Verbrechen einzudämmen. Ohne die Analyse der Ergebnisse vorwegzunehmen, kann schon einleitend festgehalten werden, dass die Nationalsozialisten in den Jahren 1933 bis 1938 eine bis heute unüberschaubare Anzahl der oben erwähnten Gewaltaktionen setzten, bei denen rund 800 Österreicherinnen und Österreicher zu Schaden kamen⁶. Rechnet man die unmittelbar betroffenen Familienangehörigen dieser Opfer dazu, wie jene Witwen und Waisen bzw. Angehörigen, die in Folge des Todes oder der nachhaltigen Verletzung des oft einzigen Familienerhalters trotz staatlicher Zuwendungen aus dem so genannten Dollfuß-Fonds⁷ in ihrer wirtschaftlichen Existenz mas-

5 Ebenda, 680.

6 In die Datenbank fanden all jene Personen Eingang, die getötet, verletzt oder in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohend getroffen wurden. Der Verletzungsgrad ist in den Quellen oft nicht den heutigen Gebräuchen entsprechend beschrieben. So gelten heute Knochenbrüche allgemein als schwere Verletzung, da sie eine länger als 24 Tage andauernde Gesundheitsbeeinträchtigung zur Folge haben (vgl. § 84 StGB), während man in den 1930er Jahren in diesem Zusammenhang oft nur von leichten Verletzungen sprach, was allerdings nicht unbedingt den Vorgaben des § 152 des damals noch in Kraft befindlichen Strafgesetzes von 1852 entsprach. Deshalb wurde, so es möglich war, z. B. bei genauer Beschreibung der Verletzung in den Quellen, der Grad dem heutigen Standard entsprechend angepasst. Wo dies nicht möglich war, wurde die Bezeichnung aus den Quellen übernommen. Im Bereich der Sachbeschädigungen wurden geschädigte Großunternehmen, Kirchen oder Körperschaften allgemein nicht in die Liste aufgenommen.

7 Der Dollfuß-Fonds wurde per Erlass des BKA am 11. April 1936 errichtet und war ursprünglich mit einem Betrag von 1,3 Millionen Schilling dotiert, wobei 450.000 Schilling noch von Dollfuß selbst stammten; den Rest bildeten Spenden bzw. Zinsen. Als Fonds-Verwalter agierte im Namen des Bundeskanzlers Staatssekretär Carl Karwinsky. Nach dem „Anschluss“ und der Verhaftung Karwinskys wurde das Vermögen, damals 192.500 Reichsmark, das entsprach 288.750 Schilling, eingezogen und an eine Vermögensverwaltungsgesellschaft überwiesen. Zwischen 1936 und 1938 wurden Mitglieder der Exekutive (Polizei-, Gendarmerieangehörige, Schutzkorpsmänner, Bundesheersoldaten und Zivilpersonen), die während der Februar- und Julikämpfe 1934 verletzt worden waren, unterstützt. Im Todesfall kamen die Gelder auch Angehörigen zugute, vor allem wurde für eine schulische und berufliche Ausbildung der Kinder gesorgt, <http://www.archivinformationssystem.at/detail.aspx?id=5494> (abgerufen am 27.11.2017).

siv bedroht waren, müsste man von einer vielfachen Opferanzahl sprechen. Eine derartige generelle Erfassung ist aber schon auf Grund der bereits gezeigten, nicht gerade einfachen Quellenlage nicht möglich. Ebenfalls nicht systematisch erfasst wurden jene Taten, die sich gegen öffentliche Einrichtungen wandten, wie die Sprengung von Telefonzellen oder die Zerstörung von Telefon-, Elektro- und Wasserleitungen, so derartige Akte nicht mit einem Personenschaden verbunden waren. Auch hier können Folgen, zum Beispiel eingeschränkte Behandlungen in Krankenhäusern nach einem durch einen Terroranschlag verursachten Stromausfall oder ausbleibende Hilfe nach Zerstörung von Telefonleitungen, nicht ausgeschlossen werden.

Doch selbst wenn man „nur“ jene Personen miteinbezieht, die ad personam von den Nationalsozialisten getötet, verletzt oder in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohend getroffen wurden, ergibt die Opferzahl für den Beobachtungszeitraum von 19. Juni 1933 bis 12. März 1938 einen Durchschnitt von einem Opfer alle zwei Tage. Dies sorgte in der Bevölkerung Österreichs einerseits für Entrüstung, manchmal auf Grund der politischen Situation vielleicht auch für Genugtuung, in jedem Fall aber für Angst und Schrecken, womit ebenfalls ein notwendiger Punkt der lexikalischen Charakterisierung gegeben wäre. Damit erfüllt das Vorgehen der NSDAP zunächst den wesentlichen Punkt der allgemeinen Definition, sowohl in der zeitgenössischen als auch in der heutigen Sichtweise.

Ungeachtet dieser allgemeinen Definitionen gab es auch eine strafrechtliche Thematisierung des nationalsozialistischen Vorgehens. Ihre Strategie der Einschüchterung durch massive Gewalt wurde auch in Nürnberg 1946 während des Hauptprozesses gegen die nationalsozialistischen Kriegsverbrecher ausdrücklich als Terror bezeichnet. So hielt auch Sidney S. Alderman, beigeordneter Ankläger der Vereinigten Staaten, bei der Anklage gegen Franz von Papen, der ja ab 1934 Botschafter des Deutschen Reiches in Wien war, bezüglich Österreich ausdrücklich fest: „Die Nazis bedienten sich der Propaganda und begingen Terrorakte, besonders Bombenanschläge.“⁸

Geht man auf die spezielleren Teile der Terrordefinitionen ein, muss zunächst festgehalten werden, dass die NSDAP in Österreich durchaus ein politisches Ziel verfolgte, auch wenn dies aus Sicht einzelner Mitglieder unterschiedlich ausgeformt war. Es ist durch die Forschung mittlerweile mehrfach erwiesen, dass z. B. nicht alle Nationalsozialisten glühende Verfechter eines sofortigen Anschlusses waren und umgekehrt nicht alle Anschlussbefürworter automatisch Nationalsozialisten. Zu jenen Nationalsozialisten, die sich durchaus einen eigenständigen österreichischen Weg, wenngleich sicherlich unter Oberaufsicht des „Führers“, vorstellen konnten, gehörte u. a. Arthur Seyß-Inquart. Anschluss-Befürworter fanden sich im Wesentlichen in allen gesellschaftlichen

8 Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 14. November 1945 – 1. Oktober 1946. Amtlicher Wortlaut in deutscher Sprache, Bd. 2, Nürnberg 1947, 391.

Gruppen und politischen Parteien, wobei hier, neben dem aus dem böhmischen Nové Zvolání stammenden Wiener Erzbischof Theodor Kardinal Innitzer, vor allem die prominenten Sozialdemokraten Otto Bauer und Karl Renner, der im mährischen Dolní Dunajovice geboren wurde, zu nennen sind. Einigkeit bestand bei den Nationalsozialisten hauptsächlich in der Errichtung eines nationalsozialistischen Systems, wodurch sie sich wieder von allen anderen Verfechtern eines „Anschlusses“ unterschieden. Auch wenn einige politische Gegner der Nationalsozialisten, wie etwa Sozialisten und Kommunisten, durchaus für eine Ablösung der Regierung agierten und teilweise auch einen Wandel des Gesellschaftssystems und wie erwähnt sogar den „Anschluss“ an Deutschland – allerdings unter einer anderen politischen Führung – befürworteten, so griffen diese Gruppen niemals ansatzweise zu ähnlichen Methoden. Gewalt wurde – zumindest in der eigenen Sichtweise – nur als Defensivmittel eingesetzt, auch wenn objektiv die Grenze zur „Notwehr“⁹ mitunter überschritten wurde.

Damit unterscheiden sich auch die Opfer dieser unterschiedlichen Formen von Gewalt, denn es waren fast ausschließlich Nationalsozialisten, die gezielt bestimmte Einzelpersonen angriffen und Verletzung oder Tötung von Unbeteiligten zumindest in Kauf nahmen. Jene Toten, die durch Aktionen der Heimwehren, des Republikanischen Schutzbundes oder anderer Wehrverbände ums Leben kamen, waren dagegen fast ausschließlich auf einem imaginären „Schlachtfeld der Innenpolitik“ gefallen. In diesem Zusammenhang muss ausdrücklich festhalten werden, dass sämtliche damals in Österreich existierenden Wehrverbände ungesetzliche Einrichtungen waren, deren Auflösung von teilweise prominenten Politikern mehrfach und mit Nachdruck gefordert wurde. Die Aufstellung derartiger Truppen als „Privatarmeen“ politischer Parteien widersprach eindeutig den Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain. Im Abschnitt V des Vertrages finden sich mehrere Bestimmungen, die durch die Bildung der Wehrverbände verletzt wurden. Besonders eindeutig ist die Regelung in Artikel 128, wo es wörtlich heißt: „Andere Unterrichtsanstalten als die im Artikel 127 gedachten [gemeint sind die Militärschulen, Anm. d. Verf.], ebenso alle sportlichen oder sonstigen Vereine dürfen sich nicht mit irgendeiner militärischen Frage beschäftigen.“¹⁰ Leopold Kunschak forderte beispielsweise am Bundestag des niederösterreichischen Freiheitsbundes am 5. Februar 1932 in Mödling, dass eine Frist zur freiwilligen Waffenabgabe gesetzt werden sollte. Nach dem Verstreichen dieser Frist sollte ein Gesetz den Waffenbesitz mit drakonischen Strafen belegen. Für „seinen“ Freiheitsbund forderte er den absoluten Gewaltverzicht.¹¹

9 § 2 des Strafgesetzes von 1852 definierte Notwehr wie folgt: „Gerechte Nothwehr ist aber nur dann anzunehmen, wenn sich aus der Beschaffenheit der Personen, der Zeit, des Ortes, der Art des Angriffes oder aus anderen Umständen mit Grund schließen läßt, daß sich der Thäter nur der nöthigen Vertheidigung bedient habe, um einen rechtswidrigen Angriff auf Leben, Freiheit oder Vermögen von sich oder Anderen abzuwehren; – oder daß er nur aus Bestürzung, Furcht oder Schrecken die Grenzen einer solchen Vertheidigung überschritten habe.“

10 StGBI., 90. Stück, Nr. 303/1920, 1063.

11 Reichspost, 6.3.1932.

Betrachtet man jene Personen, die im zweiten Teil dieser Arbeit biographiert werden, so entdeckt man ein buntes Kaleidoskop, das quasi die ganze Bevölkerung auf allen Ebenen repräsentiert. Vom Regierungschef bis zum Hilfsarbeiter, vom Kind bis zum Greis, vom Kommunisten bis zum Nationalsozialisten, alle gesellschaftlichen Gruppen, alle Altersschichten und auch alle politischen Parteien wurden in dieser Zeit Opfer des NS-Terrors.

Damit ist allerdings noch nicht gesagt, dass alle Aktionen, die von den Nationalsozialisten gesetzt wurden, rein als Terrorakte zu klassifizieren sind. In der wissenschaftlichen Fachliteratur hat sich seit einiger Zeit der Begriff des „latenten Bürgerkrieges“ etabliert, der bei genauerer Analyse höchst problematisch, nicht exakt und in jedem Fall hinterfragenswert ist. Erstmals präzisiert wurde die These von der Prägung der Ersten Republik durch bürgerkriegsartige Ereignisse von Friedrich Heer im Jahr 1962:¹² „Die inneren Krisen und Katastrophen in Österreich nach 1918, die latente Bürgerkriegssituation [sic!] und der offene Bürgerkrieg 1934, der verborgene Bürgerkrieg 1934–1938 – das alles ist zunächst eine Folge einer schweren Verwundung, eines tiefen Schocks nach 1918.“ Für Heer war also jene Zeit, in der die politischen Parteien einander nicht nur mit Worten im Parlament, sondern auch auf den Straßen mit Wehrverbänden bekämpften, noch kein eigentlicher Bürgerkrieg; einen solchen sieht er erst 1934. Mitte der 1970er Jahre griff der österreichische Zeithistoriker Gerhard Botz den Begriff erneut auf, wobei aus Heers „latenter Bürgerkriegssituation“ ein „latenter Bürgerkrieg“ wurde. Diesen lässt er im Unterschied zu Heer nicht mit der Republikgründung oder 1934, sondern mit dem Zwischenfall von Schattendorf am 30. Jänner 1927 beginnen. Das Ende sieht er mit der „Herbeiführung des offenen Bürgerkriegs“ also der Vorgeschichte zum Februar.¹³ Dies ist eine Sichtweise, die sich heute vielfach eingebürgert hat, der sich z. B. auch Otto Naderer in seiner Studie über den Februar 1934 anschloss.¹⁴ Sein Kollege Florian Wenninger datiert einen solchen „latenten Bürgerkrieg“ dann bereits mit der Übernahme der Kanzlerschaft durch Ignaz Seipel.¹⁵ Eine logische oder gar wissenschaftlich belegte Erklärung, warum die abermalige Übernahme der Kanzlerschaft durch Seipel den Ausbruch eines latenten Bürgerkriegs markieren soll, bleibt der Autor in diesem Zusammenhang leider schuldig. Während also Heer hier mehr von einer Grundtendenz des „demokratischen Scheiterns“ ausgeht und eine „latente Bürgerkriegssituation“ beschreibt, und den Bürgerkrieg erst mit den eigentlichen Kämpfen 1934 beginnen lässt, eine These, die sich auch in Anton Pelinkas

12 Friedrich Heer, *Österreich – Ein Leben lang*. Geschichtliches Essay. Unter wissenschaftlicher Mitarbeit von Ludwig Jedlicka, Wien 1962, 5.

13 Gerhard Botz, *Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938*, München 21983, 161–225. Die erste Auflage erschien 1976.

14 Otto Naderer, *Der bewaffnete Aufstand*, Graz 2004.

15 Florian Wenninger, Dimensionen organisierter Gewalt, in: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hgg.), *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes*, Wien/Köln/Weimar 2013, 493–576, hier 507.

„gescheiterter Republik“ finden lässt, gehen sowohl Botz als auch Wenninger von einer wesentlich engeren Definition eines „klassischen Bürgerkriegs“ aus. Beide blenden dabei aber aus, dass sich die angeblichen Bürgerkriegsparteien am 7. Dezember 1929 zum gemeinsamen Beschluss einer Verfassung zusammengefunden hatten, was wohl ein in der Geschichte einmaliges Verhalten von gegnerischen Bürgerkriegsparteien gewesen wäre. Ebenso negiert das angebliche Ende des Bürgerkriegs im Februar 1934 bei Botz, dass mit der Ausschaltung der Sozialdemokraten die NSDAP diesen Bürgerkrieg ja wesentlich heftiger weiterführte und, wie noch gezeigt werden wird, das Land ab 1933 erst so richtig terrorisierte, was wiederum bei Heer klar zum Ausdruck kommt. Diese NSDAP war aber 1927 noch dermaßen unbedeutend, dass sie bei dem angeblichen Ausbruch des „latenten Bürgerkriegs“ nach Botz und Wenninger noch nicht wirklich beteiligt war. Dies zeigt, dass die höchst komplexe innenpolitische Situation in Österreich keinesfalls gleichförmig verlief. Dass dies von den unterschiedlichen politischen Milieus auch unterschiedlich wahrgenommen und instrumentalisiert wurde, wurde unter anderem von Dieter A. Binder präzisiert:

Mit dem Bruch der Koalitionsregierung 1920 setzt in der österreichischen Geschichtserzählung der 1950er Jahre die Darstellung der Ersten Republik auf dem Weg in die Katastrophe des 12. Februar 1934 ein, sie zeichnet das Bild einer polarisierenden Gesellschaft, die im Justizpalastbrand 1927 ihr ‚Cannae‘ erlebt und taumelnd zwischen Heimwehfaschismus und dem aufkommenden Nationalsozialismus den Weg des ‚Bürgerkriegs‘ geht. Basierend auf dieser Verkürzung wird die historische Entwicklung zu einem schicksalhaften, mythologischen Vorgang reduziert, der die historische Verantwortung an eine höhere Macht abtritt und gleichsam auf die Darstellung der ‚anderen‘ Republik verzichtet.¹⁶

Auch wenn die Bezeichnung „latenter Bürgerkrieg“ also keinesfalls für die ganze Zeit zutreffend ist, so waren zumindest die Jahre 1932 bis 1938 von erhöhtem Gewaltaufkommen geprägt. Die intensivste Phase war dabei der Zeitraum von 1932 bis zum Juliputsch 1934. Hier waren einige Verbrechen der Nationalsozialisten Teil eines weite Bevölkerungsteile einbeziehenden politischen Straßenkampfes, der tatsächlich bürgerkriegsähnliche Ausmaße annahm und propagandistisch genutzt wurde.¹⁷ In diese Auseinandersetzungen waren neben den Nationalsozialisten auch nahezu alle anderen politischen Lager verstrickt.

16 Dieter A. Binder, Die „Dämonen der Ostmark“. Bemerkungen zur kulturellen Situation in der Zwischenkriegszeit, in: Thomas Köhler/Christian Mertens (Hg.), Justizpalast in Flammen. Ein brennender Dornbusch, Wien/München 2006, 55–70, hier 55.

17 Helmut Wohnout, Dreieck der Gewalt. Etappen des nationalsozialistischen Terrors in Österreich 1932–1934, in: Günther Schefbeck (Hg.), Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkung (= Österreich Archiv, Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde, hg. von Ernst Bruckmüller), Wien/München 2004, 78–90, hier 88.

Die Grenzen zwischen diesen bürgerkriegsähnlichen Kämpfen und terroristischen Anschlägen sind zwar teilweise fließend, eine wichtige Zäsur ist aber zweifelsfrei in den Jahren 1932/33 zu finden.¹⁸

Hier setzt auch die vorliegende Studie ihren Anfangspunkt. Der Aufstieg der NSDAP zu einer entscheidenden Kraft in der österreichischen Innenpolitik war von ständiger, bewusst eingesetzter Gewalt begleitet. Sowohl die Methoden als auch die Intensität erreichten dabei bis dahin ungekannte Ausmaße und erweckten damit unterschiedliche Eindrücke bei Bevölkerung wie Regierung.

Dennoch wäre es wohl zu sehr verallgemeinernd, die NSDAP in Österreich als reine Terrororganisation zu bezeichnen, was ja zur Folge hätte, dass man all ihre Parteigänger als potenzielle Terroristen bezeichnen müsste. Besonders bis zum Parteiverbot im Juni 1933 gab es neben dem von Vaterländischem Schutzbund (SA)¹⁹ und SS gebildeten radikal gewaltbereitem Flügel sehr wohl einen politisch pragmatischen Flügel, wobei letzterer nach der Machtübernahme Adolf Hitlers in Deutschland zusehends schwächer wurde.

Der Juni 1933 markiert gerade deshalb einen Wendepunkt, weil in dieser Zeit eine Umstellung der nationalsozialistischen Strategie feststellbar ist. Bis zum 19. Juni 1933 ist die NSDAP eine in Österreich zugelassene politische Gruppierung, deren Wehrverband Vaterländischer Schutzbund (SA) sich zu Beginn ähnlicher Mittel bediente wie seine politischen Gegner Republikanischer Schutzbund und Heimwehren. Für eine zusätzliche Verkomplizierung der Situation sorgte die Tatsache, dass der politisch eher unbedeutende Heimatblock²⁰ mit seinen unterschiedlich organisierten Heimwehren eine wesentlich bedeutendere Rolle spielte als die christlichsozialen Verbände wie Freiheitsbund²¹ und Ostmärkische Sturmsharen²². Während also die Sozialdemokraten mit dem Republikanischen Schutzbund und die Nationalsozialisten mit ihren Verbänden über sehr gut organisierte Parteiarmeen verfügten, waren die Christlichsozialen weitgehend

18 Vgl. dazu Walter B. Simon, *Die verirrte Republik. Eine Korrektur österreichischer Geschichtsbilder*, Wien 1988 sowie Dieter A. Binder, 12. Februar 1934 – Ort des Erinnerns, in: Scheffbeck, *Österreich 1934*, 99–108, hier 100f.

19 Die SA wurde sowohl von den Nationalsozialisten selbst als auch von den Behörden unter dem Namen „Vaterländischer Schutzbund“ geführt, weshalb dieser Begriff mit Rücksicht auf die Quellen auch in dieser Abhandlung verstärkt vorkommt.

20 Bei den Nationalratswahlen 1930 erreichte der Heimatblock 227.401 Stimmen, was einem Anteil von 6,2 Prozent entsprach. Den größten Zulauf erhielt er dabei in der Steiermark (63.648). Die Wiener Heimatwehr und die niederösterreichische Heimwehr kandidierten in diesen beiden Bundesländern auf einer gemeinsamen Liste mit den Christlichsozialen. *Statistische Nachrichten*, Sonderheft, Die Nationalratswahl vom 9. November 1930, 8f.

21 Der Freiheitsbund verstand sich als Ordnungsdienst der christlichsozialen Gewerkschaften und stand von Anfang an in starkem Gegensatz zu den Heimwehren, was besonders dem Gewerkschaftsführer Leopold Kunschak zuzuschreiben ist. Zum Freiheitsbund vgl. Walter Wiltschegg, *Die Heimwehr*, 328–331.

22 Die 1930 gegründeten Ostmärkischen Sturmsharen, von den politischen Gegnern mitunter als „Ölbergsharen“ bezeichnet, sahen sich als „katholische kulturpolitische Erneuerungs- und Schutzbewegung“. Teilweise gemeinsam mit den Heimwehren agierend, so im Februar 1934, teilweise als Teil des Freiwilligen Schutzkorps eingesetzt, wurden sie schließlich noch vor der Auflösung aller Wehrbände am 11. April 1936 in eine reine „Kulturorganisation“ umgewandelt. Vgl. dazu Walter Reich, *Die Ostmärkischen Sturmsharen. Für Gott und Ständestaat* (= Europäische Hochschulschriften 864), Frankfurt/Main 2000; Earl C. Edmondson, *Heimwehren und andere Wehrverbände*, in: Tälös u. a. (Hgg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, 261–276.

auf ihren Koalitionspartner angewiesen. Wie bereits erwähnt, hatte vor allem Leopold Kunschak als Führer der christlichsozialen Gewerkschaften von „seinem“ Freiheitsbund bereits 1932 den totalen Gewaltverzicht gefordert, während andere christlichsoziale Politiker, wie beispielsweise Julius Raab, sich zeitweise mit der Linie einzelner lokaler Heimwehrverbände solidarisierten. Im Endeffekt gab es de facto für die einzelnen Heimwehren keine wirklich einheitliche Linie. Was sie einte, war die gemeinsame Gegnerschaft zum „Austromarxismus“ der SDAP. Eine einheitliche Ablehnung der Nationalsozialisten gab es nicht, weshalb sich z.B. der steirische Heimatschutz schließlich mit dem sogenannten „Pfrimer-Putsch“ am 12. September 1931 in einen größeren nationalsozialistischen Flügel und einen viel kleineren, eher pragmatischen, vaterländischen Flügel aufspaltete. Letzterer wurde gemeinsam mit jenen Heimwehrverbänden, die sich mehr oder weniger dem Oberkommando Ernst Rüdiger Graf Starhemburgs unterstellten, zu einem verlässlichen Partner jener Christlichsozialen rund um Engelbert Dollfuß, die ab dem März 1933 den autoritären Weg gehen wollten.²³ Der nationalsozialistische Teil, vor allem der Steirische Heimatschutz unter der Führung Konstantin Kammerhofers, kämpfte dagegen des Öfteren an der Seite von SA und SS, so auch beim missglückten Aufstand im Juli 1934.

Bereits mit Beginn des Juni 1933, und somit vor der Ausschaltung des Parlamentarismus in Österreich, lässt sich bei der NSDAP die endgültige Umstellung von politischer Partei in Terrorzelle feststellen, die sich in dieser Vehemenz sicherlich aus der Änderung der politischen Rahmenbedingungen erklären lässt. Hatten die Nationalsozialisten angetrieben durch regionale Wahlerfolge vor allem im Jahr 1932 möglicherweise noch mit einer legalen Machübernahme gerechnet, war durch die Einführung eines autoritären Systems dieser Weg zumindest fürs Erste verbaut. Dollfuß war also den Nationalsozialisten in diesem Fall einen Schritt voraus, denn im Falle eines nationalsozialistischen Wahlerfolges auf Bundesebene wäre es ebenfalls zu einer Abschaffung des Parlaments gekommen. Aber auch innerhalb der SDAP waren nicht alle Mitglieder restlos von der Notwendigkeit einer parlamentarischen Demokratie überzeugt.²⁴ So meinte z.B. der Wiener Bürgermeister Karl Seitz, dass die Demokratie kein Endziel, sondern nur ein Mittel zum Erreichen eines sozialistischen Staates sei.²⁵ Hier ist bei der Analyse allerdings auch verstärkte Vorsicht

23 Es zeigt sich, dass jene Gruppen innerhalb der Christlichsozialen, die die Demokratie grundsätzlich erhalten wollten, und die Gegner der Heimwehr meist deckungsgleich waren. Dazu zählten neben den christlich-sozialen Gewerkschaften auch der niederösterreichische Bauernbund und die Landesorganisationen von Oberösterreich und Vorarlberg. Letztere überlegten bereits 1930, aus dem Parlamentsklub auszutreten um damit gegen den heimwehfreundlichen Kurs von Seipel und Vaugoin zu protestieren. Vgl. dazu Helmut Wohnout, *Middle-class Governmental Party and Secular Arm of the Catholic Church: The Christian-Socials in Austria*, in: Wolfram Kaiser, Helmut Wohnout (Hgg.), *Political Catholicism in Europe 1918–1945*, Bd. 1, London 2004, 172–194, hier 183.

24 Pelinka, *Die gescheiterte Republik*, 140 bzw. 167f., sowie Helmut Konrad, *Der 12. Februar 1934 in Österreich*, in: Günther Scheffbeck (Hg.), *Österreich 1934*, 91–98, hier 93.

25 Die Rede von Seitz, die im Zuge der parlamentarischen Aufarbeitung des Simmeringer Zwischenfalls gehalten wurde, wird an der entsprechenden Stelle noch genauer analysiert werden.

vonnöten. Mitunter wird den Sozialdemokraten unter anderem eine sehr provokative Forderung im Linzer Parteiprogramm von 1926 vorgehalten, in der es unter „Punkt III. Der Kampf um die Staatsmacht“ heißt: „[...] Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“²⁶ So provozierend und verstörend dieses Zitat auch wirkt, so war dies ein Säbelrasseln, das die Sozialdemokraten zu einem „Schaf im Wolfspelz“²⁷, wie Helmut Konrad es einmal formulierte, werden ließ. Für die Parteiführung, selbst für Otto Bauer, war ein gewaltsames Vorgehen wohl nie eine echte Option gewesen. Leider nahmen nachgeordnete Funktionäre, wie z. B. der Linzer Richard Bernaschek, derartige Ankündigungen dann aber doch zu ernst!

Gerade die in diesem Abschnitt skizzierte, offensichtlich terroristische Aktivität der österreichischen NSDAP verleitet dazu, alle Personen, die durch die Hand der Nationalsozialisten zu Schaden kamen, automatisch als Terroropfer zu bezeichnen. Gerade im gewählten Beobachtungszeitraum muss hier mitunter genau analysiert werden, wie eine Person zu Schaden kam. Eine exakte Grenzziehung zwischen tatsächlichem Opfer und Provokateur ist mitunter schwierig, in manchen Fällen praktisch nicht möglich. Ebenso ist es nicht immer eindeutig möglich, festzustellen, inwieweit es sich um eine aus einem spontanen Kampf erfolgte oder eine vorsätzliche Tat handelt. Es besteht durchaus ein Unterschied zwischen einem Demonstranten, der beim Versuch, sich einer Verhaftung zu entziehen, einen Polizisten verletzt, und einem Terroristen, der einen Vertreter der Staatsgewalt ohne Vorwarnung ermordet. Zusätzlich erschwert wird diese Analyse dadurch, dass in vielen Fällen die Ursache für ein mitunter besonders brutales Vorgehen nicht erklärt werden kann. Oft waren es die Nerven, die mit den zumeist jungen, nicht ausgebildeten und schon gar nicht kampferprobten Nationalsozialisten durchgingen. In manchen Fällen wurde die scheinbare politische Legitimation auch benützt, um alte Rechnungen zu begleichen. So war der Kommandant der Innsbrucker Polizei bei den Nationalsozialisten dermaßen verhasst, dass man seine Ermordung am 25. Juli 1934 bewusst als Signal zum Ausbruch der Revolte gewählt hatte.²⁸

Nach der Niederschlagung des versuchten Aufstandes der Nationalsozialisten im Juli 1934 richtete sich die Gewalt verstärkt gegen eigene Leute. Auch hier diente der Terror eindeutig der Einschüchterung, um gerade den eigenen

26 Das Linzer Programm, <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/oesterreich/spoe/1926/linzerprog.htm> (abgerufen am 21.3.2018).

27 Konrad, Der 12. Februar 1934 in Österreich, 93.

28 Bauer, Elementar-Ereignis, 65f.

Parteigängern klarzumachen, dass die nationalsozialistische Bewegung keine Verräter dulden werde.

Nicht vergessen werden darf, dass neben den hier erfassten Opfern auch die Allgemeinheit unter dem nationalsozialistischen Terrorismus verstärkt zu leiden hatte. Eine bis heute noch nicht erfasste Anzahl von Anschlägen – hier ist eine genaue Zuordnung der Täter meist noch schwerer als bei den menschlichen Opfern – verursachte Sachschäden, wurde also insbesondere auf Telefon- und Stromleitungen, Wasser- und Kraftwerke sowie sonstige öffentliche Gebäude und Einrichtungen verübt. Dass diese meist mit selbstgebauten Bomben durchgeführten Anschläge nicht mehr Opfer forderten, grenzt fast schon an ein Wunder. Sie wurden aber, und das beantwortet eine Frage zu Beginn dieses Kapitels, schon von den Zeitgenossen als Terror gesehen. Gerade in der Zeit vor dem Juliputsch finden sich allen voran in der *Wiener Zeitung* fast jeden Tag mehrere Berichte zum Stichwort „Brauner Terror“.

Die nationalsozialistische Partei war also, wie gezeigt werden wird, eine Vereinigung, die eindeutig den Terror als Mittel zum Erreichen ihres politischen Ziels nicht nur in Kauf genommen, sondern ihn auch bewusst eingesetzt hat. Dass das Gros ihrer Mitglieder letztendlich diesen Weg allerdings nur begrenzt mitgehen wollte, zeigt sich aber spätestens beim völlig verunglückten Aufstandsversuch im Juli 1934.